

Schule im Brennpunkt – Was können Schulen beitragen gegen soziale Segregation?



Einleitung

In einer Gesellschaft von Ungleichem sind zwangsläufig die Lebenschancen ungleich verteilt. Der Sozialstaat kompensiert die Folgen sozioökonomischer Ungleichheiten mittels unterschiedlicher Instrumente (z. B. sprachlicher Förderunterricht, vorschulische Bildung und Erziehung in den Kindertagesstätten, Integration von behinderten Kindern und Jugendlichen etc.). Seit einigen Jahrzehnten sind diese Maßnahmen in unterschiedlicher Ausprägung und in Abhängigkeit von den jeweiligen Bundesländern etabliert. Doch trotz dieser vielseitigen Anstrengungen sind nach wie vor die Lebenschancen von Angehörigen unterer gesellschaftlicher Schichten in einem weitaus größeren Umfang beeinträchtigt als dies für andere gilt. Das Programm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend setzt hier an.

Fragestellung und Hypothese

Im Kontext von Lebens- bzw. Bildungschancen versus Herkunft und Status hat mich bezogen auf das Schulsystem der Region Berlin die Frage interessiert, ob nicht schon auf der Ebene von Grundschulen sog. Bildungsungleichheiten bestehen und wenn ja, ob diese abhängig sind vom Wohnort und der Schichtzugehörigkeit.

Warum Grundschulen?

1. Ganz im Gegenteil zu den Oberschulen sind Eltern einer bestimmten Grundschule zugeordnet (Wohnortprinzip). Homogenität der Schülerschaft ist damit ausgeschlossen. Die Durchmischung der Schichten soll so gewährleistet werden.
2. Die Primarbildung ist einheitlich organisiert und an einem feststehenden Curriculum, welches für alle Schülerinnen und Schüler verbindlich ist, ausgerichtet.
3. Forschungen zu diesem Thema bezogen sich in der Vergangenheit immer auf die Oberschulen.

Warum Wohnort und Schichtzugehörigkeit?

Mit Blick auf soziale und räumliche Segmentierung in deutschen Städten ist unter Stadtso-

ziologen immer öfter die Rede von der Teilung der Stadt. Danach bilden sich segmentierte Quartiere, die sich durch Angehörige bestimmter Gruppen (höchstbezahlte Spitzenkräfte, eine breite Mittelschicht und eine schnell wachsende Gruppe geringqualifizierter Beschäftigter, Arbeitsloser, Sozialhilfeempfänger und Nichtdeutscher) charakterisieren lassen. Infolge von Arbeitsmarktkrisen, Wanderungsprozessen und Einwanderung konzentriert sich eine zunehmende Armutsbevölkerung in den innerstädtischen Regionen - welche sich vor allem durch günstige Wohnungsmieten auszeichnen - und befördert so die Tendenz zur sozialen und ethnischen Entmischung.

Wie lassen sich soziale Brennpunkte bestimmen?

Soziale Brennpunkte sind geographisch eingegrenzte Gebiete, die sich durch eine überdurchschnittliche Belastung der Sozialstruktur auszeichnen. Der Begriff soziale Belastung (Ausdruck für sozialstrukturelle Verhältnisse) wird im regelmäßig erscheinenden Berliner Sozialstrukturatlas durch folgende Merkmale definiert:

Gesundheitliche Merkmale

- vorzeitige Sterblichkeit,
- Säuglingssterblichkeit,
- Tbc-Erkrankungen,
- Vorsorge,
- Alkohol/Nikotin
- Ernährung

Soziale Merkmale

- Altersstruktur
- Bildungsabschluss,
- Nichtdeutsche,
- Arbeitslosenquote
- Sozialhilfeempfänger,
- Einkommen.

Tabelle 1.: Merkmale sozialer Induktion³.

Die Spannweiten der Sozialindizes für alle Berliner Bezirke lagen in 1999 zwischen +1.64 und - 2.12⁴. In bezug auf die zeitliche Dimension ließ sich ein hoher Zusammenhang zwischen den Sozialindizes diagnostizieren ($r = 0.95$ in 1990, $r = 0.97$ in 1997 und $r = 0.97$ in 1999). Insbesondere die Extreme zeigten eine ausgeprägte temporale Stabilität, welche die Annahme einer Verstetigung sozialer und ökonomischer Diskrepanzen untermauern.

Vor diesem Hintergrund kam ich zu folgender Hypothese:

Infolge sozioökonomischer Ungleichheiten zwischen den Bezirken und auf der Ebene von Einschulungsbereichen von Grundschulen

³ Hermann, S./Imme, U./Meinlschmidt, G.: „Sozialstrukturatlas Berlin“. Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, Berlin 1997.

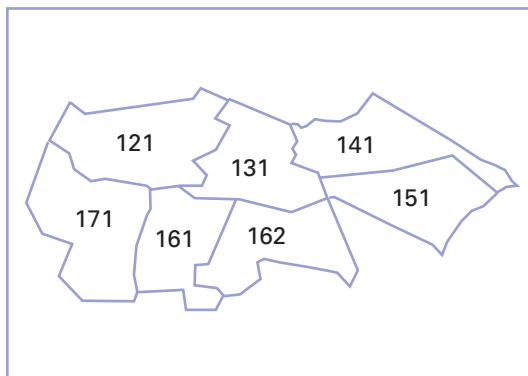
⁴ Die Autoren des Sozialstrukturatlas verweisen auf den Umstand, dass trotz einer hohen Validität der Ergebnisse der Sozialstrukturrechnungen eine eindeutige Aggregation der Sozialindizes zu dem bezirklichen Sozialindex nicht möglich war. Deswegen wurde über so genannte Designfaktoren die Eindeutigkeit hergestellt (vgl. ebd., S. 14).

kommt es zu Bildungsungleichheiten und dauerhafter Segmentierung, innerhalb gegebener Schulstrukturen.

Im Vordergrund steht hierbei die Frage nach gesicherten Beziehungen zwischen den sozioökonomischen Rahmenbedingungen sowie der Lage der Bevölkerung (z. B. Bildung der Eltern, Beruf des Vaters etc.) in den Einschulungsbereichen von Grundschulen auf der einen Seite und den Oberschulempfehlungen der abgebenden Grundschule auf der anderen Seite.

Zur Methode

Die Basis zur Eingrenzung der sozialen Lage der Bevölkerung in den Einschulungsbereichen sind, wie oben schon erwähnt, die Sozialindizes. Die methodisch relevante und verfügbare statistische Analyseebene sind die Verkehrszellen⁵, wie sie hier beispielhaft für Kreuzberg abgebildet sind:

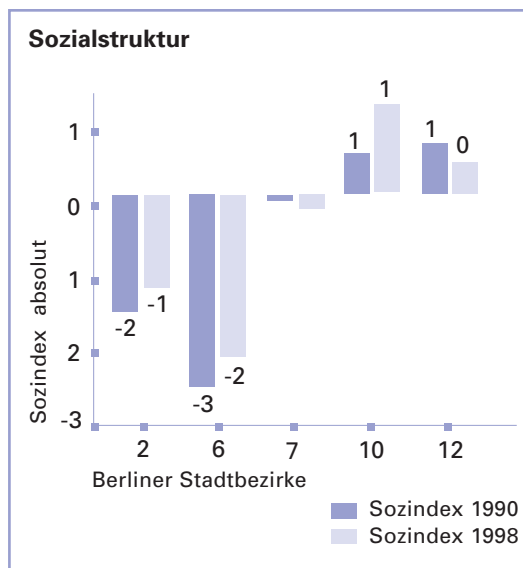


Grafik 1: Beispiel Kreuzberg: Verkehrszellen.

Damit ist die soziale Lage in den Einschulungsbereichen gekennzeichnet. Die Oberschulempfehlungen der Grundschulen dienen als Ausweis, für die Leistungen der Schülerinnen und Schüler. Die Verteilungsquoten der Oberschulempfehlungen in den Bezirken und in den Einzelschulen wurden der sozialen Lage in den Einschulungsbereichen gegenübergestellt, um so Vergleich möglich zu machen.

Ergebnisse insgesamt

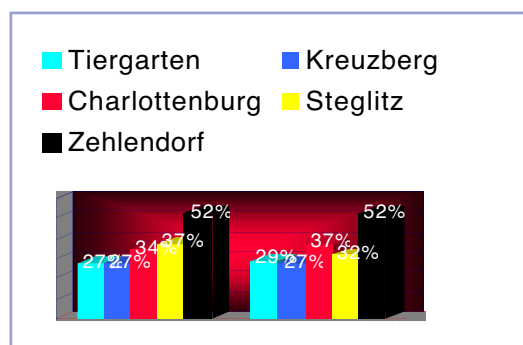
Für die fünf untersuchten Bezirke ergibt sich in bezug auf die soziale Lage für die Zeitpunkte 1990 und 1998 folgendes Bild:



Grafik 2: Berliner Bezirke im Vergleich: 2= Tiergarten, 6= Kreuzberg, 7= Charlottenburg, 10= Zehlendorf und 12= Steglitz, Sozialindex= Werte für die soziale Belastung der Bezirke.

Wir erkennen eine über die Maßen starke soziale Belastung der Innenstadtbezirke, Tiergarten und Kreuzberg. Dagegen bilden die Außenstadtbezirke (Zehlendorf und Steglitz) gleichsam den Kontrast zu den Innenstadtbezirken. Augenscheinlich trifft dies hinsichtlich der sozialen Lage der Bevölkerung zu, die in den beiden Bezirken weit über Durchschnitt privilegiert ist. Zu den beschriebenen Bezirken nimmt Charlottenburg eine Mittelstellung ein, da die soziale Lage der Bevölkerung weder überdurchschnittlich privilegiert noch deprivilegiert einzustufen ist.

Angesichts dieser Ausgangsbedingungen stellte sich die Frage, ob die hoch differente Sozialstruktur Auswirkungen auf die Grundschulempfehlungen haben könnte. Am Beispiel der Gymnasialempfehlungen will ich dies prüfen.



Grafik 3: Gymnasialempfehlungen für fünf Berliner Bezirke in 1992 und 1999, in % Angaben.

⁵ Vgl. Hermann, S./Imme, U./Meinlschmidt, G.: „Sozialstrukturatlas Berlin“. Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, Berlin 1997, Seite 238.

Wie un schwer zu erkennen ist, differieren die Gymnasialempfehlungen erheblich. In den Innenstadtbezirke erreichten in 1992 gerade mal 27 % der Schülerinnen und Schüler eine Gymnasialempfehlung, während es in den Außenstadtbezirken zwischen 37 und 52 % sind. In 1999 änderte sich dieses Bild etwas. Doch nach wie vor bilden die beiden Extreme Kreuzberg (27 %) und Zehlendorf (52 %). Allerdings zeigt sich, dass es den Grundschulen in Tiergarten und Charlottenburg gelang, die Quote der Gymnasialempfehlungen zu erhöhen. Dagegen ging diese in Steglitz sehr deutlich zurück. Zur Absicherung der Tabelleninterpretation wurde das statistische Verfahren der Korrelationsanalyse hinzugezogen. Mit diesem Verfahren konnte die Stärke der Zusammenhänge zwischen den Variablen geprüft werden.

Korrelation zwischen:		
	GYMEMP92	GYMEMP99
INDEX90	r = 0.46	
INDEX98	r = 0.60	

Tabelle 2: Korrelationsanalyse über fünf Berliner Bezirke: GYMEMP= Gymnasialempfehlungen, INDEX= Sozialindexwerte, r= Korrelationskoeffizient.

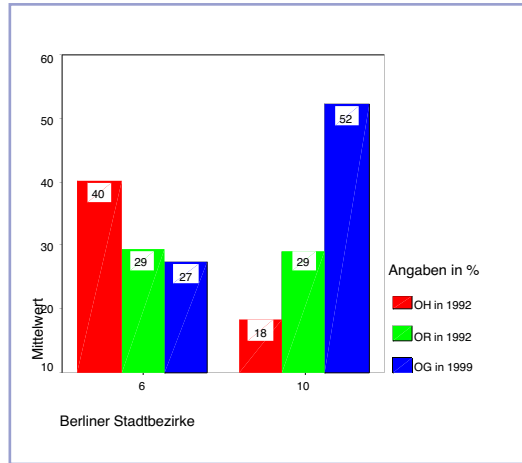
Korrelation zwischen:		
	HAUPTEMP92	HAUPTEMP99
INDEX90	r = -0.51	
INDEX98		r = -0.67

Tabelle 3: Korrelationsanalyse über fünf Berliner Bezirke: HAUPTEMP= Hauptschulempfehlungen, INDEX= Sozialindexwerte, r= Korrelationskoeffizient.

Unverkennbar zeigt die Sozialstruktur Einfluss. In Bezirken mit geringer sozialer Belastung steigt die Wahrscheinlichkeit eine Gymnasialempfehlung zu erreichen (r= 0.46 in 1992 und r= 0.60 in 1999), während andererseits mit dem Ansteigen der sozialen Belastung auch die Wahrscheinlichkeit steigt statt einer Gymnasialempfehlung eine Hauptschulempfehlung zu erlangen (r= -0.51 in 1992 und r= -0.67 in 1999).

Ergebnisse für Kreuzberg und Zehlendorf

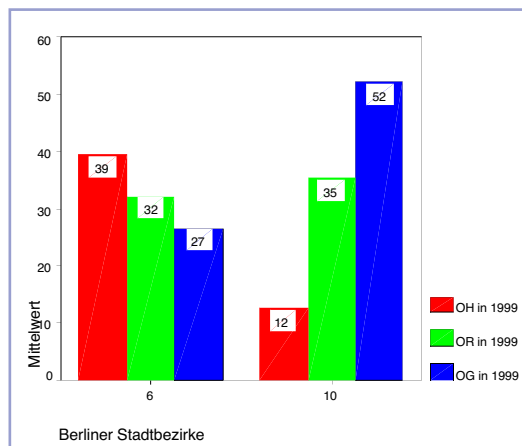
Bezogen auf die Frage, wie sich die Chancen eine Gymnasialempfehlung zu bekommen auf der Ebene der einzelnen Bezirke verteilen und ob es einen Zusammenhang geben könnte, in bezug auf die soziale Ausgangslage der Bevölkerung kam ich zu folgenden Ergebnissen, die ich an den beiden Extrembeispielen der Bezirke Kreuzberg und Zehlendorf beschreiben möchte:



Grafik 4.: Oberschulempfehlungen im Schuljahr 1992 für die Bezirke Kreuzberg und Zehlendorf in 5 Angaben: 6= Kreuzberg, 10= Zehlendorf, OH in 1992= Hauptschulempfehlungen, OR in 1992= Realschulempfehlungen, OG in 1992= Gymnasialempfehlungen.

Die Wahrscheinlichkeit für Schülerinnen und Schüler die eine Kreuzberger Grundschule besuchen eine Hauptschulempfehlung zu erlangen ist mehr als doppelt so hoch als in Zehlendorf (40% zu 18%).

Die gleiche Aussage gilt in 1999, nur dass sie sich noch verschärft. Jetzt ist die Wahrscheinlichkeit mehr als dreimal so groß (38% zu 12%), parallel sanken in beiden Bezirken die Hauptschulempfehlungen zu Gunsten der Realschulempfehlungen:



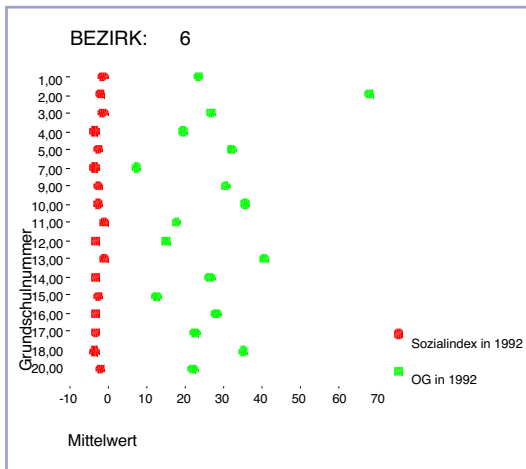
Grafik 5: Oberschulempfehlungen im Schuljahr 1999 für die Bezirke Kreuzberg und Zehlendorf in 5 Angaben: 6= Kreuzberg, 10= Zehlendorf, OH in 1999= Hauptschulempfehlungen, OR in 1999= Realschulempfehlungen, OG in 1999= Gymnasialempfehlungen.

Wir sehen, dass sich über den Zeitraum von acht Jahren die Differenzen auf einem hohen Niveau stabilisiert haben. Man spricht hier von Segmentierungsprozessen, also von Verfestigungen der Bildungsungleichheiten zwischen den Bezirken.

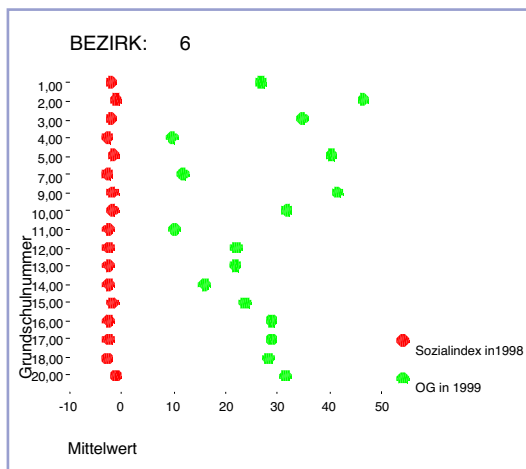
Doch gilt diese Aussage auch für die Grundschulstrukturen innerhalb der Bezirke? Dieser Frage soll am Beispiel Kreuzbergs nachgegangen werden.

Kreuzberg

Hier zeigen sich erhebliche Differenzen zwischen den Einzelschulen, in bezug auf die Chance eine Gymnasialempfehlung zu erlangen. Zunächst die Ergebnisse für 17 Grundschulen in Kreuzberg für 1992 und 1999:



Grafik 6: Gymnasialempfehlungen für 17 Grundschulen in Kreuzberg im Kontext von sozialer Belastung: Sozialindex in 1992= Sozialindexwerte für das Schuljahr 1992 in absoluten Werten, OG in 1992= Gymnasialempfehlungen für das Schuljahr 1992 in % Angaben, Angaben N= 17.



Grafik 7: Gymnasialempfehlungen für 17 Grundschulen in Kreuzberg im Kontext von sozialer Belastung: Sozialindex in 1999= Sozialindexwerte für das Schuljahr 1999 in absoluten Werten, OG in 1999= Gymnasialempfehlungen für das Schuljahr 1999 in % Angaben N= 17.

Für beide Messzeitpunkte gilt i. d. R.: Je geringer die sozialen Belastungen desto größer waren die Quoten an Gymnasialempfohlenen.

Um nun sogenannte Segmentierungsprozesse nachweisen zu können wurden Kriterien gebildet, die über beide Zeiträume eine hohe Stabilität aufwiesen, hinsichtlich der Tatsache das sie:

- erstens, ihre Schülerinnen und Schüler immer aus Bereichen mit hoher sozialer Belastung zogen,

- zweitens, konstant einen überdurchschnittlichen Anteil nichtdeutscher Schülerinnen und Schüler beschulten,
- drittens, immer mehr Hauptschulempfehlungen aussprachen als im Bezirksdurchschnitt,
- viertens, nie den Mittelwert für die Gymnasialschulempfehlungen übersprangen.

Aus dem Pool von 17 Grundschulen konnten sechs bzw. 35 % der Schulen herausgefiltert werden.

Grundschulen	Index 90 Einsch.	N in 91	HAUPT-EMP 92	GYM-EMP 92
04.*	-3.63**	69,5 %	39,0 %	19,5 %
07.	-3.63	72,1 %	61,2 %	07,2 %
11.*	-1.28**	61,1 %	59,3 %	17,7 %
12.*	-3.41**	78,0 %	35,4 %	15,0 %
14.	-3.41	80,7 %	52,6 %	26,3 %
15.	-2.55	41,7 %	49,0 %	12,6 %
Mittelwerte	-2.99	67,2 %	52,8 %	16,4 %
Mittelwert Bezirk	-2.60	47,3 %	40,1 %	27,2 %

Grundschulen	Index 98 Einsch.	N in 98	HAUPT-EMP 99	GYM-EMP 99
04.*	-2.87**	65,0 %	66,1 %	09,7 %
07.	-2.87	75,0 %	53,3 %	11,6 %
11.*	-2.46**	62,2 %	62,8 %	10,0 %
12.*	-3.56**	66,1 %	50,0 %	22,1 %
14.	-3.56	80,0 %	46,0 %	16,0 %
15.	-1.76	54,6 %	48,2 %	23,5 %
Mittelwerte	-2.84	67,2 %	54,4 %	15,5 %
Mittelwert Bezirk	-2.20	49,8 %	39,4 %	26,7 %

* Diese Schule zieht Schülerinnen und Schüler aus zwei Verkehrszellen
 ** Durchschnittswert mehrerer Sozialindizes.

Tabelle 4.: Querschnittanalyse für ausgewählte Grundschulen in Kreuzberg. IndexEinsch.= Sozialindizes der Einschulbereiche, N= Anteil der nichtdeutschen Schülerinnen und Schüler in %, HAUPTTEMP= Hauptschulempfehlungen in %, GYMEMP= Gymnasialempfehlungen in %, N= 06.

In Kreuzberg sind die Differenzen zwischen den Durchschnittswerten für die ermittelten sechs Grundschulen und den Bezirksmittelwerten erheblich. Die soziale Lage der Bevölkerung bleibt über die Jahre unverändert hoch; wengleich im Schuljahr 1999 eine Abschwächung von 0.15 Punkten gemessen wurde, kann von einer Erholung überhaupt keine Rede sein, zumal der Abstand zum Bezirkswert zu-genommen hat (in '91 -0.39 und in '99 -0.44). Auch die weiteren Durchschnittswerte liegen sehr deutlich über den bezirklichen Mittelwerten. Sie blieben über die Jahre konstant hoch, mit der Tendenz, die Kluft zum Bezirksdurchschnitt weiter auszubauen. Die hier gezeigte Entwicklung ist insofern bedenklich, als dass diese Grund-

schulen nicht nur von bezirksinternen Bildungsdisparitäten betroffen sind, sondern offenbar zusätzlich von Segmentierungsprozessen bedroht werden, mit der Tendenz zur Etablierung von Bildungsinseln.

Angesichts dieser Fakten war der Frage nachzugehen, ob diese Differenzen womöglich darauf zurückzuführen waren, dass nicht alle Grundschüler ihre Grundschule aufsuchen würden. Möglicherweise gab es Eltern, die ihre Kinder außerhalb des zuständigen Einzugsbereichs ihrer Schule unterbrachten. Hier blieb zu prüfen, ob es diesen vermuteten Schülerschwund gab und falls ja, ob dieser für die angedeuteten Segmentierungs- und Ausgrenzungsprozesse von Bedeutung sein könnte. Hierbei kam ich zu einer interessanten Entdeckung:

Grundschulen	dediff 91	knndif 91	dediff 98	knndif 98
4. G.	-138	-126	-303	-98
7. G.	-81	-221	-211	-157
11. G.	-86	-19	-220	+63
12. G.	-130	-36	-158	+11
14. G.	-41	-146	-208	-78
15. G.	-102	+3	-258	-9
Mittelwert	-96	-91	-226	-44
1. G.	-161	0,0	-457	+49
2. G.	+17	-13	+17	+11
3. G.	-235	-9	-187	-54
5. G.	+150	-50	-56	+36
9. G.	-223	-103	-179	-26
10. G.	+47	+78	-22	+170
13. G.	-60	-113	-255	-23
16. G.	+183	-131	-182	-39
17. G.	+5	+12	-30	+2
18. G.	+99	-89	+23	+7
20. G.	-90	-59	-195	+110
Mittelwert Bezirk	-49	-59	-169	-30

Tabelle 5.: Schülerschwund in Kreuzberg. Dediff91= Schülerschwund deutscher Schüler absolut in 1991, knndif91= Schülerschwund nichtdeutscher Schüler absolut in 1991, dediff98= Schülerschwund deutscher Schüler absolut in 1998, knndif98= Schülerschwund nichtdeutscher Schüler absolut in 1998, N= 17.

Nicht alle schulpflichtigen Schülerinnen und Schüler im Grundschulalter besuchten in Kreuzberg die für sie bestimmte Schule. Im Durchschnitt fehlten im Schuljahr 1991/92 pro Grundschule -49 Schülerinnen und Schüler aus der deutschen und -59 aus der nichtdeutschen Population. Zwischen den Schulen kam es möglicherweise zu Austauschprozessen, wie die teilweise sehr hohen positiven Zahlen erkennen lassen. Ob es hier von Seiten des Schulamtes oder der Schulen selbst zu gesteuerten Ausgleichsmaßnahmen kam, muss offen bleiben. Betrachten wir die Durchschnittswerte für das Schuljahr 1998/99, ist die Verdreifachung der Schülerschwundzahl in der deutschen Population nicht zu übersehen. Dagegen

halbierte sich der Schwund in der nichtdeutschen Schülerpopulation.

Die aufgeworfene Frage, ob der Schülerschwund für die sechs von Bildungssegmentierungsprozessen betroffenen Schulen von Bedeutung sein könnte, ist insofern nicht von der Hand zu weisen, als im Schuljahr 1991/92 wie im Schuljahr 1998/99 der Schülerschwund in beiden Populationen deutlich über dem Bezirksmittelwert rangierte. Mit anderen Worten, i. d. R. besuchten doppelt so viele Schülerinnen und Schüler aus der deutschen wie aus der nichtdeutschen Population andere als die für sie zuständige Schulen. Die von Bildungssegmentierungen bedrohten Grundschulen sind also zugleich überdurchschnittlich stark vom Schülerschwund betroffen.

Ob es darüber hinaus einen Zusammenhang zwischen Schülerschwund und Oberschulempfehlungen gab, war zu prüfen.

Kreuzberg – Korrelationskoeffizienten			
	HAUPTTEMP 92/99	REALEMP 92/99	GYMEMP 92/99
dekssw91	r= - 0.11	r= - 0.21	r= 0.34
dekssw98	r= - 0.54	r= 0.10	r= 0.50
kndhsw91	r= - 0.35	r= 0.09	r= 0.22
kndhsw98	r= - 0.34	r= 0.13	r= 0.38

Tabelle 6.: Schülerschwund deutscher und nichtdeutscher Schülerinnen und Schüler in Korrelation zu den Oberschulempfehlungen, für beide Messzeitpunkte, in Kreuzberg. Dekssw91= Schülerschwund deutscher Schülerinnen und Schüler 1991, dekssw98= Schülerschwund deutscher Schülerinnen und Schüler 1998, kndhsw91= Schülerschwund Nichtdeutscher 1991, kndhsw98= Schülerschwund Nichtdeutscher 1998, HAUPTTEMP92/99= Hauptschulempfehlungen in 1992 und 1999, REALEMP92/99= Realschulempfehlungen in 1992 und 1999, GYMEMP92/99= Gymnasialempfehlungen in 1992 und 1999, r= Korrelationskoeffizient, N= 17.

In Schuljahr 1998/99 korrelieren die Hauptschulempfehlungen mit dem Schülerschwund in der deutschen Population signifikant negativ, während die Gymnasialempfehlungen positiv korrelieren. D. h. je größer der Schwund in der deutschen Schülerpopulation war, desto höher fielen die Hauptschulempfehlungen aus, während die Gymnasialempfehlungen mit sinkendem Schülerschwund in der deutschen Population anstiegen. Die vorliegenden Ergebnisse lassen also die Schlussfolgerung zu, dass hier gezielte Wanderungsprozesse eingesetzt haben. Deutsche Eltern ziehen demnach bewusst ihre Kinder aus bestimmten Grundschulen ab, ohne ihren Wohnort wechseln zu wollen oder zu können. Dies ist insofern bedenklich als in der Forschungsliteratur immer wieder auf den Zusammenhang von bildungsnahen Schichten und der Mobilitätsbereitschaft hingewiesen wird.

„Ohne gut erreichbares Angebot sinkt deutlich die Bildungsbereitschaft der unteren sozialen Gruppen, während bildungsbewusste Familien auch bei ungünstigen Schulwegen für ihr Kind die angestrebte Schulform wählen“

(Spangenberg u. a. 1999:13)⁶.

Die Chancen nichtdeutscher Schülerinnen und Schüler

Die Analyse der demographischen Struktur zeigt für die Innenstadtbezirke eine Konzentration nichtdeutscher Bevölkerungsteile. In der Forschungsliteratur wie in der Berliner Schulstatistik sind es aber vor allem deren Kinder, die regelmäßig als sogenannte Bildungsverlierer beschrieben werden (Abitur 8 %, ohne Abschluss 31 %)⁷. Beziehen sich diese Aussage zunächst auf die Oberschulen, so lag es für mich nahe, mögliche Zusammenhänge auf der Grundschulebene zu prüfen. Wie groß ist also für Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Herkunft die Wahrscheinlichkeit, eine Gymnasial- bzw. eine Hauptschulempfehlung zu erreichen?

Korrelationskoeffizienten		
	NICHTD91	NICHTD98
GYMEMP92	r= -0.51	-
GYMEMP99	-	r= -0.80
HAUPTEMP92	r= 0.64	-
HAUPTEMP99	-	r= 0.76

Tabelle 7

Korrelationsanalyse HAUPTTEMP versus NICHTD für Kreuzberg: GYMEMP = Gymnasialempfehlungen, HAUPTEMP = Hauptschulempfehlungen, NICHTD = Nichtdeutsche Schülerinnen und Schüler, r = Korrelationskoeffizient.

Wie ersichtlich wird, ist deren Chance in Kreuzberg eine Gymnasialempfehlung zu erreichen eher gering. Dagegen ist diese deutlich höher, in bezug auf die Hauptschulempfehlungen. Zu beachten ist die Zunahme der Intensität dieser Beziehung.

Korrelationskoeffizienten		
	NICHTD91	NICHTD98
GYMEMP92	r= -0.43	-
GYMEMP99	-	r= -0.05
HAUPTEMP92	r= 0.36	-
HAUPTEMP99	-	r= 0.28

Tabelle 8

Korrelationsanalyse HAUPTTEMP versus NICHTD für Zehlendorf: GYMEMP= Gymnasialempfehlungen, HAUPTEMP= Hauptschulempfehlungen, NICHTD= Nichtdeutsche Schülerinnen und Schüler, r= Korrelationskoeffizient

Für Zehlendorf kann diagnostiziert werden, dass in bezug auf die Gruppe der nichtdeutschen Schülerinnen und Schüler und deren Verteilungsquoten auf die Oberschulempfeh-

lungen keine signifikanten Zusammenhänge – sehen wir von dem schwachen Zusammenhang zwischen GYMEMP92 und NICHTD91 einmal ab – gemessen wurden.

Fazit

Die Wahrscheinlichkeit, für ein Gymnasium empfohlen zu werden, steigt in Abhängigkeit von den sozialen Kontexten. Unverkennbar wurden im Schuljahr 1991/92 in dem privilegierten Bezirk Zehlendorf durchschnittlich deutlich mehr Schülerinnen und Schüler für das Gymnasium empfohlen (52 %) als in dem von Armut und sozialer Not betroffenen Bezirk Kreuzberg (27 %).

1. Auf der Ebene der Einzelschulen zeigte sich, dass Grundschulen, die Schülerinnen und Schüler aus gleichen sozialen Teilräumen ziehen, dennoch zu gänzlich unterschiedlichen prozentualen Verteilungen hinsichtlich ihrer Gymnasialschulempfehlungen kommen können. Diese Tatsache bekräftigt meine Annahme, dass zwischen den Grundschulen – und dies betrifft vor allem die Innenstadtbezirke – Ausdifferenzierungsprozesse in Gang gesetzt wurden, die quasi »Bildungs-inseln« generieren, in denen über den gesamten Untersuchungszeitraum überdurchschnittlich viele Schülerinnen und Schüler mit einer Gymnasialempfehlung kumulieren. Wie gezeigt werden konnte, handelt es sich hierbei um Segmentierungsprozesse. Damit bestätigt sich: Erstens, die Ausdünnung von Schülerinnen und Schülern mit einer Empfehlung für das Gymnasium und zweitens, die Ausdifferenzierung unter Schulen gleicher Schultart.

2. Segmentierungsprozesse sind nicht voraussetzungslos, sondern stehen in ursächlichem Zusammenhang mit der sozialen Lebenslage der Bevölkerung sowie mit der ethnischen Zusammensetzung der Schülerschaft. Beide Merkmale beeinträchtigen die Bildungschancen erheblich, wenngleich Schülerinnen und Schüler aus nichtdeutschem Elternhaus hiervon im Besonderen betroffen sind. Gleichwohl muss an dieser Stelle ein Irrtum korrigiert werden, der immer wieder in Publikationen, aber auch in der tagespolitischen Presse wie in den Medien überhaupt, auftaucht. Denn aus dem vorliegenden Material ist zu schließen, dass nichtdeutsche Schülerinnen und Schüler einer doppelten Diskriminierung unterliegen. Ihnen wird nicht nur die Herkunft, sondern auch die Schichtzugehörigkeit erschwerend zugeschrieben. Nach Analyse und Bewertung des vorliegenden Materials sind es aber in erster Linie Merkmale der Schichtzu-

⁶Spangenberg, H./Weishaupt, H.: „Der Übergang auf weiterführende Schulen in ausgewählten Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Auswertung schulstatistischer Daten“. In: Weishaupt, H. (Hrsg.): „Zum Übergang auf weiterführende Schulen. Statistische Analysen und Fallstudien“. Pädagogische Hochschule Erfurt 1999.

⁷Vgl. Landesschulamt Berlin: „Das Schuljahr 1998/99 in Zahlen“. Landes-schulamt Berlin Referat I D 1998.

gehörigkeit, die diskriminierend wirken. Nicht-deutsche Eltern, die in den Innenstadtbezirken leben, verfügen i. d. R. nur über ein geringes Einkommen und über eine unterdurchschnittliche Schul- bzw. Berufsausbildung. Deshalb ist das strukturell diskriminierende Merkmal die Schichtzugehörigkeit. Vor diesem Hintergrund und im Kontext der explorierten Ergebnisse ist es also verständlich, wenn sich die Lernerfolge zwischen den Grundschülerinnen und -schülern der Innenstadtbezirke von denen der Außenstadtbezirke erheblich unterscheiden.

3. Der seit einigen Jahren anhaltende massive Austauschprozess der ansässigen Wohnbevölkerung (filtering down) hat insbesondere Angehörige der Mittelschicht den Innenstadtquartieren entzogen (Evasion). Zurück bleiben jene, deren Mobilität aufgrund mangelnder sozio-ökonomischer Voraussetzungen eingeschränkt ist oder aber die bewusst und zielgerichtet »bleiben« und so dem Sockelpotential an Quartiersbewohnern zuzurechnen sind, durch deren außerordentliches Integrationspotential die urbane Vielfalt bewahrt wird. Doch in einem Stadtteil zu leben und zu wohnen, muss nicht zwangsläufig dazu führen, dort auch die eigenen Kinder beschulen zu lassen. Eher neigen viele Eltern in der Frage, welche Grundschule ihr Kind besuchen soll zu dem Entschluss, ihr Kind nicht in der zuständigen Grundschule anzumelden. In Anlehnung an die Argumentation von Spangenberg u. a. kann davon ausgegangen werden, dass es vor allem Angehörige sogenannter bildungsnaher Schichten sind, die in der Schulwahl sehr mobil agieren. Vermutlich veranlassten die Diskussionen und kritischen Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit über die Qualität grundständiger Bildung deutsche Eltern dazu, für ihre Kinder geeignetere Grundschulen außerhalb des eigenen Bezirks auszuwählen. Eltern nicht-deutscher Schülerinnen und Schüler dagegen verhalten sich eher konform. Sie bringen in der Regel ihre Kinder in den Grundschulen unter, die für sie zuständig sind. Dieser Zustand scheint eine weitere Stufe zur sukzessiven Verschärfung der Selektion, sodass in den Grundschulklassen der Innenstadtbezirke einerseits Schülerinnen und Schüler von marginalisierten Minderheiten kumulieren und andererseits die leistungsstarken Schülerinnen und Schüler in den Quartieren sich entweder auf die »Bildungsinseln« begeben oder aber zu Grundschulen außerhalb der Bezirke abwandern. So folgt der Entmischung in den sozialen Milieus die Entmischung der Grundschulen.

4. Dies ist insofern bedenklich, als die Ausrichtung der Bildungspolitik auf lebenslanges

Lernen in einer Wissensgesellschaft ein solides polyvalentes Basiswissen voraussetzt, welches in der Grundschule – die als Erstinstanz mit systematischer Erziehung und Bildung konfrontiert – seinen Ausgangspunkt nimmt. Chancengleichheit hat aber für die von Benachteiligungen betroffenen Schülerinnen und Schüler eine besondere Bedeutung, da für sie das Risiko besonders groß ist, zu scheitern und damit ausgeschlossen zu werden.

5. Doch angesichts der erdrückenden sozialen und ökonomischen Lebensbedingungen in den vorgestellten Innenstadtbezirken ist zu befürchten, dass einzelne Maßnahmen nicht mehr ausreichen, um die zu eskalieren drohende Situation zu entzerren. Denn das Ausmaß sozialer Belastungen z. B. in Kreuzberg ist derartig hoch, dass nur ein kompletter Austausch der Bevölkerung ganzer Wohnquartiere einen durchschlagenden Erfolg sichern würde (s. a. hierzu die Erfahrungen des US-Department of Housing and Urban Development Washington DC. 1999). Da dies nicht ernsthaft erwogen werden kann, ist die Politik gefragt. Denn die Lage ist nicht nur komplex, sie übersteigt auch die Möglichkeiten einzelner Verwaltungsressort. Hier wäre eine integrative Strategie nötig, die neben den einzelnen Senatsbehörden:

- Bauen, Umwelt, Wohnen und Verkehr,
 - Schule, Jugend und Sport,
 - Finanzen,
 - Wirtschaft
- auch
- die Wissenschaft,
 - die Betroffenen,
 - die handelnden Akteure in den Quartieren (z. B. Bürgerinitiativen)

in einer übergreifenden, konzertierten Aktion an einen »runden Tisch« versammeln müsste. Ansätze hierzu zeigen die Berlinweiten Quartiersmanagements in sozialen Brennpunkten.

6. Dennoch, trotz aller gesellschaftlicher Reformen und der durchschnittlichen Erhöhung des Bildungs- und Ausbildungsniveaus trifft nach wie vor zu: Wer einer armen Familie entstammt, wessen Eltern über keine oder eine geringe Schul- und Berufsausbildung verfügen, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit sein Leben lang von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen bleiben. Es ist wahrscheinlich, dass sich diese Minderheiten einer »urban underclass« weiter verdichtend in die Innenstadtquartiere zurückziehen werden – durch Zuzug, erhöhte Geburtenrate, etc. –, und deren Kinder werden in die Fußstapfen ihrer Eltern treten und somit wird die räumliche Isolierung forciert. Vor diesem Hintergrund scheint der poli-

tische Anspruch, es gebe gleiche Bildungschancen für alle, angesichts der dargelegten Argumente verwässert. Eher weckt die Nennung des Begriffs Bildungschancen heute unwillkürlich Gedanken an ein Lotteriespiel, bei dem wir nicht von ungefähr an Einsatz und Wetten denken. In so einem Spiel herrscht keine Gleichheit der Bildungschancen, sondern Zufall, Glückstreffer und Trostpreise. Und dass dabei nur wenige gewinnen können, die meisten aber verlieren, weiß jede Schülerin und jeder Schüler.

Literatur

Hermann, S./Imme, U./Meinlschmidt, G.:
„Sozialstrukturatlas Berlin“. Senatsverwaltung für
Gesundheit und Soziales, Berlin 1997, Seite 238.

Sprangenberg, H./Weishaupt, H.:
„Der Übergang auf weiterführende Schulen in aus-
gewählten Ländern der Bundesrepublik Deutschland.
Auswertung schulstatistischer Daten“. In: Weishaupt,
H. (Hrsg.): „Zum Übergang auf weiterführende Schu-
len. Statistische Analysen und Fallstudien“. Pädagogi-
sche Hochschule Erfurt 1999.

Landesschulamt Berlin:
„Das Schuljahr 1998/99 in Zahlen“. Landesschulamt
Berlin Referat I D 1998.

US-Department of Housing and Urban Development:
„Revitalization of severely distressed public housing“.
<http://www.hud.gov/progdesc/hopevia.html> Washing-
ton DC 1999.